September/Oktober 2015

medien newsletter

DGB

Wer Journalisten angreift, greift die Demokratie an

Sie haben es schon wieder getan: Pegida-Demonstranten haben in den letzten Wochen erneut mehrfach Medienberichterstatter angegriffen – mit Worten, aber auch mit Schlägen und Tritten. „Lügenpresse" und „Judenpresse" werden skandiert, Journalistinnen und Journalisten werden umzingelt und körperlich traktiert. Diese Angriffe zielen darauf ab, ein Klima der Angst zu verbreiten und sie werden im Schutz der Gruppe begangen. Kommt uns das nicht allzu bekannt vor? Auch in den 30er Jahren waren das verbreitete Methoden von Nazis, um die freie Berichterstattung zu verhindern.

Dieses Vorgehen darf niemand auf die leichte Schulter nehmen, dem die Pressefreiheit am Herzen liegt. Sie ist vom Grundgesetz geschützt – zu Recht, denn ohne freie Presse-Berichterstattung gibt es keine Demokratie. Und wer sich auf die Versammlungsfreiheit beruft, muss auch die Rechte anderer, zum Beispiel auf freie Berichterstattung, achten. Deshalb ist es richtig, dass die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet werden und ermittelt wird. Denn hier ist nicht nur Zivilcourage gefragt, hier muss auch der Staat ganz klar eingreifen. Und das bedeutet auch, dass die Polizei vor Ort eingreifen muss, wenn es zu solchen Übergriffen kommt. Denn: Wer Journalisten angreift , greift auch die Demokratie an.

Sabine Nehls

Themen:

Gute Arbeit im Digitalen 2
DGB/ver.di Niedersachsen zum neuen Mediengesetz 3
IJF: Keine Straffreiheit für Verbrechen gegen Medien 4
Islamisten bedrohen Blogger in Deutschland 5
Nein zu öffentlich-rechtlichem Flüchtlingssender 5
Warnstreiks im öffentlich-rechtlichen Rundfunk 7
ARD/ZDF-Onlinestudie 7
SAT1-Werbeurteil bestätigt 9
Urteil stärkt Zeitungs-Freie 9
Otto Brenner Preis 2015 10

Medienlink 12
Lesetipp 13
Veranstaltungen 13
Impressum 14

DGB medien newsletter

Digitalisierung braucht Leitbild Gute Arbeit

„Die zukünftige Arbeitswelt muss sich an einem Leitbild Guter digitaler Arbeit ausrichten", forderte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann auf der Tagung „Digital total?", mit der der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Mitte Oktober im MDR-Haus in Leipzig zu Gast waren. Auf der Tagung diskutierten Expertinnen und Experten aus Praxis, Gremien, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften zwei Tage und insbesondere über die Auswirkungen der Digitalisierung deren auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ein ausführlicher Tagungsbericht steht auf der ver.di-Webseite: http://tinyurl.com/otp5qn5

Zum einen gehe es darum, bestehende soziale Regulierung aus der analogen in die digitale Arbeitswelt zu übertragen, zum anderen müssten neue Formen sozialer Sicherheit, Beteiligung und Mitbestimmung gefunden werden, meinte der DGB-Vorsitzende. „Gute Arbeit ist menschengerecht gestaltete Arbeit. Die Technik muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt", so Hoffmann. Qualitätsjournalismus sei ohne gut qualifizierte Menschen nicht zu haben. Roboter könnten vielleicht Wahlergebnisse mathematisch auswerten und aus Textbausteinen einen entsprechenden Text zusammenstellen. „Aber sie können keine Analysen liefern, keine Hintergründe, mit denen diese Zahlen erst zu Informationen werden. Recherche und das Verfassen von Texten braucht Zeit - Arbeitszeit, die im Übrigen auch bei Freien entsprechend entlohnt werden sollte, und Qualifikation." Im Medienbereich beispielsweise sei seit längerem zu beobachten, dass die Verlage dazu übergehen, Betriebe in kleine und kleinste Einheiten zu unterteilen und diese dann zu eigenen Kleinstbetrieben zu machen. Mit gravierenden Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung und, daraus folgend, auch für die Qualität der journalistischen Arbeit.

Prof. Dr. Karola Wille, Intendantin des MDR, sowie Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, betonten die wichtige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in digitalen Zeiten als marktunabhängiger Anbieter vielfältiger und qualitätsvoller Inhalte. Wille erläuterte die strategische Neuausrichtung des MDR zu einer trimedial produzierenden Anstalt. Frank Werneke beschrieb den Umbruchprozess bei den Öffentlich-Rechtlichen unter anderem am Beispiel der Sportrechte. ARD und ZDF waren bei der Vergabe der

Übertragungsrechte für die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien leer ausgegangen. Auf solche Marktverschiebungen müsse sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft einstellen – und reagieren. Werneke forderte die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien auf, strategische Diskussionen in den Anstalten anzustoßen, um die kommenden Entwicklungen mitzugestalten.

DGB und ver.di: Eckpunkte für neues niedersächsisches Mediengesetz

Der Arbeitskreis Medienpolitik beim DGB Niedersachsen hat Anforderungen für eine Überarbeitung des niedersächsischen Mediengesetzes (NMedienG) formuliert. Hauptziel dabei ist es, den Bürgerrundfunk zu stärken. Diesem komme eine wichtige Funktion zu, da die Vielfalt der Medienlandschaft in diesem Bundesland unterdurchschnittlich ist. Das NMedienG von 2010 gestehe dem Bürgerrundfunk angesichts der damaligen Einführung kommerziellen lokalen und regionalen Rundfunks sogar die „Aufgabe eines externen Vielfaltsgaranten" zu. Wenig einleuchtend sei daher, warum der Bürgerrundfunk gegenüber dem lokalen Privatfunk bei der Lizenzierung und Zuweisung von Frequenzen benachteiligt ist. DGB und ver.di fordern, diese Unterschiede aufzuheben. Auch die finanzielle Förderung sollte nach langen Jahren der Stagnation angehoben werden.

Die Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) habe zuletzt 2003 der damalige CDU-Ministerpräsident Christian Wulff von 42 auf 25 Mitglieder reduziert - unter dem Vorwand, Kosten zu reduzieren, aber wohl auch mit dem machtpolitischen Ziel, eine konservative Mehrheit zu erreichen, so die Autorinnen und Autoren. Die NLM-Versammlung ist ein ehrenamtliches Organ, das über die Vergabe und Verlängerung von Sendelizenzen für den privaten und nichtkommerziellen Rundfunk sowie über den Haushalt der Landesmedienanstalt entscheidet. DGB und ver.di stellen in Frage, ob die Zusammensetzung der Versammlung noch zeitgemäß ist und die Vielfalt der niedersächsischen Gesellschaft widerspiegelt. Durch Wulffs Novelle war der Anteil der Parteien von 14 auf 20 Prozent gewachsen. Jede Landtagsfraktion solle nur noch eine

Vertreterin oder einen Vertreter in die Versammlung senden, fordern die Gewerkschaften.

Die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD sind bereits aktiv geworden und haben die Anregungen weitgehend aufgegriffen. Der Gesetzgebungsprozess soll nun zügig in Gang kommen, damit die Novelle vor der Konstituierung der neuen Versammlung der NLM im Frühjahr 2016 greifen kann.

IJF: Kampagne gegen Straflosigkeit von Verbrechen an Journalisten

http://tinyurl.com/q34x233

Nach den Statistiken der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF), in der auch die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Mitglied ist, sind 2014 insgesamt 118 Journalistinnen und Journalisten gestorben, weil sie ihrem Beruf nachkamen. Doch nur ein Zehntel der Morde und Tötungen an Mitarbeitern von Medien wird laut IJF von den Behörden untersucht. Die Situation bei den Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten ohne tödlichen Ausgang sei sogar noch schlimmer. Regierungen und Behörden versagten darin, die Verfolger, Angreifer und Mörder von Medienmitarbeitern zu verfolgen. Straflosigkeit für Verbrechen an Journalistinnen und Journalisten gefährde aber nicht nur diese, sondern auch die Demokratie und die Zusammenarbeit für Frieden und Entwicklung. Deshalb startet die Internationale Journalisten-Föderation am 2. November eine weltweite Kampagne gegen die Straflosigkeit von Verbrechen an Reporterinnen und Reportern. Der 2. November ist seit 2013 der offizielle UN-Gedenktag gegen die Straflosigkeit von Verbrechen an Journalisten. Im Fokus der Kampagne stehen besonders die Ukraine, die Philippen, der Jemen und Mexiko .

ROG: Islamisten bedrohen Blogger in Deutschland

Reporter ohne Grenzen ist beunruhigt über eine jüngst in Bangladesch veröffentlichte Todesliste, auf der auch sechs in Deutschland lebende Blogger stehen. Die Liste wurde vermutlich von der islamistischen Gruppe Ansarullah Bangla Team (ABT) veröffentlicht, die bereits für vier brutale Morde an säkularen Bloggern in diesem Jahr verantwortlich gemacht wird. „Die Liste ist ein Angriff auf die Pressefreiheit - nicht nur in Bangladesch, sondern weltweit", sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr in Berlin. „Die Regierung Bangladeschs sollte Journalisten besser schützen, Religions- und Meinungsfreiheit garantieren und die Mörder der Blogger bestrafen." Die Liste umfasst die Namen von 21 Bloggern, Autoren und Aktivisten, die aus Bangladesch stammen und heute im Exil leben. Die Verfasser rufen die Regierung Bangladeschs dazu auf, diesen „Feinden des Islam" die Staatsbürgerschaft zu entziehen; andernfalls werde man sie auch im Exil verfolgen und töten. Sechs der Bedrohten leben in Deutschland, neun in Großbritannien, drei in Schweden, zwei in den USA und einer in Kanada.

ABT wird für mindestens vier Morde an kritischen Bloggern seit Jahresbeginn verantwortlich gemacht. Die Regierung Bangladeschs hat zwar in zwei Mordfällen ABT-Mitglieder als Verdächtige verhaftet. Darüber hinaus hat sie jedoch bisher wenig getan, um kritische Journalisten und Blogger zu schützen. Stattdessen rief sie diese zur Selbstzensur auf und legte ihnen nahe, keine provokanten Artikel zu religiösen Fragen zu veröffentlichen. Im Mai forderten mehr als 150 internationale Autoren und Journalisten die Regierung dazu auf, mehr zu tun, um Meinungsfreiheit in Bangladesch zu gewährleisten und die Mörder der Blogger zu verurteilen. Auf der Rangliste der Pressefreiheit belegt Bangladesch Platz 146 von 180 Staaten.

ARD

ver.di: Flüchtlingssender wäre mediales Ghetto

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die Forderung von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ARD und ZDF sollten einen eigenen Fernsehkanal für Flüchtlinge installieren, vehement zurückgewiesen. „Ein eigenes Programm, das eine wie auch immer definierte deutsche Leitkultur vermitteln soll, ist als mediales Ghetto zum Scheitern verurteilt", sagte Manfred Kloiber,

Bundesvorsitzender der Fachgruppe Medien in ver.di. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe keinen Erziehungs-, sondern einen Bildungsauftrag. „Dem kommen ARD, ZDF und Deutschlandradio am besten nach, indem sie sich auf allen Kanälen intensiv und kritisch mit dem Thema Migration auseinandersetzen", so Kloiber. Er lobte die bereits existierende, ausführliche Berichterstattung und die neuen Programme von ARD, ZDF und Deutschlandradio für Migrantinnen und Migranten.

So biete etwa die Radiowelle „Funkhaus Europa" (WDR, RBB und Radio Bremen) mit ihrem „Refugee-Radio" einen exzellenten Beitrag zur schnellen, umfassenden und objektiven Information der vielen schutzsuchenden Menschen in Deutschland. Das Beispiel zeige, wie schnell die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Lage seien, auf große gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Und das, obwohl in vielen Rundfunkanstalten die Integrations- und Multikulti-Programme aus Kostengründen systematisch zurückgefahren wurden. So beabsichtigt beispielsweise der WDR, im nächsten Jahr seine Sendung Cosmo-TV einzustellen.

„Die Rundfunkanstalten müssen mit ihren Gremien nun rasch diskutieren, welche zusätzlichen Angebote für Flüchtlinge in ihren regulären Radio-, Fernseh- und Onlineangeboten weiterhin notwendig sind, um den Menschen praktisch zu helfen und welche Angebote nötig sind, um in der ganzen Gesellschaft das Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen und für ein solidarisches Miteinander zu stärken", sagte Kloiber. Dazu gehöre auch, gegenüber der Politik und der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten (KEF) den zusätzlichen Aufwand angemessen geltend zu machen.

Auch die ARD reagierte auf die Forderung aus der CSU: Man sehe die Notwendigkeit, den Menschen, die nach Deutschland kommen, ein leicht zugängliches Angebot zu machen. Deshalb hätten die Intendantinnen und Intendanten der ARD bereits im September vereinbart, noch stärker zu kooperieren, um Flüchtlingen und Helfern ein vielfältiges Serviceangebot zur Verfügung zu stellen. Unter dem Link refugees.ard.de seien sämtliche Angebote der ARD-Sender sowie der Deutschen Welle zusammengefasst. Er werde fortlaufend aktualisiert und sei ein Wegweiser für Flüchtlinge und Helfer gleichermaßen. Dort fänden sich unter anderem Antworten auf grundsätzliche Fragen, Erklärfilme auf Englisch, die „Sendung mit der Maus" auf Arabisch oder Dari und Videosprachkurse. Außerdem sei geplant, die „Tagesschau in 100 Sekunden" in absehbarer Zeit auch auf Englisch und Arabisch zu senden.

Lutz Marmor, ARD-Vorsitzender und NDR-Intendant: "Es ist jetzt schnelle Hilfe gefragt. Die meisten Flüchtlinge lassen sich am besten über das Internet, beziehungsweise ihr Smartphone erreichen. Deshalb haben wir uns hauptsächlich auf Angebote im Netz konzentriert. Sehr hilfreich ist dabei die Kooperation mit der Deutschen Welle." ARD-alpha, der Bildungskanal der ARD, sei zudem in laufenden Gesprächen mit dem Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, und dem Goethe-Institut. Ziel sei es, den Flüchtlingen so schnell wie möglich Angebote wie Deutsch- und Integrationskurse in Form von Smartphone-Applikationen zur Verfügung zu stellen. Der ZDF-Intendant Thomas Bellut und der ARD-Vorsitzende Lutz Marmor hätten in Hinblick auf die Angebote für Flüchtlinge eine enge Abstimmung vereinbart.

Warnstreiks und Proteste im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Beschäftigte der öffentlich-rechtlichen Sender rbb, Deutsche Welle, NDR und Deutschlandradio haben Anfang Oktober ein deutliches Signal in den laufenden Verhandlungen zur Altersversorgung und zu den Gehältern beim NDR gesetzt. In Berlin hatte ver.di zum Protest gegen die Kürzung der Betriebsrenten aufgerufen. Dort versammelten sich etwa 75 Beschäftigte machten dort ihren Standpunkt deutlich, der da heißt: „Hände weg von unseren Renten!". In Hannover folgten rund 60 Beschäftigte dem Aufruf zum Warnstreik und in Hamburg Lokstedt legten die Beschäftigten der Tagesschau-Grafik ihre Arbeit nieder, 40 Beschäftigte aus anderen Bereichen schlossen sich an.

ARD/ZDF-Onlinestudie 2015

Die Deutschen nutzen das Internet intensiver und flexibler. Die Anzahl der täglichen Internetnutzer und derjenigen, die unterwegs ins Netz gehen, hat 2015 zugenommen. Auch die Anzahl der Nutzer von Video-, und Fernsehinhalten sowie von Audioangeboten steigt an. Dagegen nimmt die gesamte Internetverbreitung nur noch minimal zu. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt die diesjährige ARD/ZDF-Onlinestudie, die im Auftrag der ARD/ZDF-Medienkommission

durchgeführt wurde. Die seit 1997 jährlich durchgeführte ARD/ZDF-Onlinestudie stellt 2015 nur noch einen minimalen Zuwachs der Internetverbreitung fest. Während bei den jüngeren Zielgruppen bereits seit Jahren eine Sättigung festzustellen ist, gehen die Zuwachsraten vor allem von den über 60-jährigen aus, von denen inzwischen die Hälfte das Internet nutzt. So ist das Alter der Internetnutzer von durchschnittlich 43 Jahren im Jahr 2014 auf 44 Jahre im Jahr 2015 angestiegen. Auch bei der täglichen Internetnutzung gibt es Altersunterschiede. Während bei den 14- bis 49-Jährigen 85 Prozent täglich das Internet nutzen, sind es bei den über 60-jährigen nur 30 Prozent.

Weiter angestiegen ist die Internetnutzung unterwegs, so greifen 55 Prozent der Onliner (+5 Prozentpunkte) auf mobile Netzinhalte zu. Dabei weisen Anwender mit mobilem Internetzugang die höchste Nutzungsintensität auf. Während die Gesamtbevölkerung dem Internet durchschnittlich 108 Minuten pro Tag widmet, sind es bei den Nutzern mobiler Endgeräte, wie Smartphones und Tablets, mit insgesamt 158 Minuten zurzeit 50 Minuten mehr. Gleiches gilt für die Nutzungsfrequenz: So liegt die tägliche Internetnutzung bei den mobilen Anwendern mit rund 90 Prozent unverkennbar höher höher als bei den stationären Anwendern mit 59 Prozent.

Der Kreis der Online-Bewegtbildnutzer steigt weiter an. 49 Prozent der Onliner (+4 Prozentpunkte) sehen sich im Netz mindestens einmal pro Woche Videos oder Fernsehsendungen an, sei es auf Videoportalen, Mediatheken oder Streamingdiensten. Inklusive der Videos/Fernsehsendungen auf Communities wie Facebook sind es 53 Prozent. Die Zuwächse zeigen sich dabei in allen Altersgruppen. Ein Drittel der Onliner nutzt wöchentlich eine oder mehrere Audio-Anwendungen (+3 Prozentpunkte). Dabei steht das Hören von Radioprogrammen live und von Musik über Streamingdienste im Vordergrund. 34 Prozent und damit der größte Anteil an der täglichen Nutzungszeit in der Gesamtbevölkerung entfällt auf Kommunikation. Jeweils knapp eine halbe Stunde beziehungsweise 22 Prozent entfallen auf Informationssuche und Mediennutzung.

Weitere Infos:
Die Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2015, für die im März und April dieses Jahres bundesweit repräsentativ 1.800 Erwachsene in Deutschland befragt wurden, sind in der neuesten Ausgabe der Fachzeitschrift "Media Perspektiven" (Heft 9/2015) dokumentiert und abrufbar unter www.ard-zdf-onlinestudie.de.

DGB medien newsletter

SAT1 - Bundesverwaltungsgericht bestätigt LMK

Das Bundesverwaltungsgericht hat Mitte Oktober klargestellt, dass die Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) die unzureichende Trennung von Werbung und Programm bei Sat.1 zu Recht beanstandet hat und entsprechende Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz bestätigt. Im Programm „Sat.1" waren bereits 2011 zwei sogenannte „Werbetrenner" ausgestrahlt worden, in denen der Hinweis auf die nachfolgende Werbung mit Programmhinweisen kombiniert worden war. Die Programmhinweise stachen hierbei deutlicher hervor als die erst später sichtbar werdende Information über den bevorstehenden Werbeblock. Dies hatte die LMK nach einer entsprechenden Entscheidung der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) beanstandet. Die hiergegen gerichtete Klage des Veranstalters von „Sat.1" hatte keinen Erfolg.
„Das Bundesverwaltungsgericht erachtete die betreffenden Werbetrenner als nicht eindeutig genug, um dem durchschnittlich aufmerksamen Zuschauer hinreichend deutlich zu machen, dass unmittelbar danach Werbung beginnt", erklärte LMK-Justitiar Harald Zehe. „Wir wurden damit mit unserer Auffassung in vollem Umfang bestätigt." Das Gericht hat festgestellt, dass ein Verstoß gegen das Gebot des Rundfunkstaatsvertrags, Werbung eindeutig von anderen Sendungsteilen abzusetzen, vorliegt, wenn vor Beginn der Werbung in einen noch laufenden Programmhinweis zwar der Schriftzug „Werbung" eingeblendet wird, der weiter laufende Programmhinweis jedoch den Bildschirm optisch dominiert.

Honorare: Kölner Urteil stärkt Zeitungs-Freie

Als einen Erfolg der freien Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen haben die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und der Deutsche Journalisten Verband (DJV) das Anfang Oktober veröffentlichte rechtskräftige Urteil des Landgerichts Köln gegen die Rheinische Redaktionsgemeinschaft begrüßt. Darin werden die Honorarbedingungen für

unwirksam erklärt, die als Grundlage für die Mitarbeit der Freien beim Kölner Stadt-Anzeiger und bei der Kölnischen Rundschau dienen sollten (Az. 33 O 92/15). Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, betonte: „Die Kölner Richter haben dem Honorardumping auf Kosten der Freien die rote Karte gezeigt." „Der dreiste Versuch der Verlage DuMont und Heinen, die Freien auf den Status von Nebenberuflern zu drücken, ist damit gescheitert", lobte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken das Urteil. Die vom Landgericht Köln für ungültig erklärten Honorarbedingungen sahen vor, dass sich Freie als nebenberuflich tätige Mitarbeiter einstuften, selbst wenn sie es nicht waren. Damit hätten sie anerkannt, dass die Gemeinsamen Vergütungsregeln für Zeitungsfreie, die Mindesthonorare vorsehen, für sie nicht gelten. Dju und DJV fordern die Verantwortlichen der Rheinischen Redaktionsgemeinschaft und aller anderen Tageszeitungsredaktionen nun auf, endlich durchgängig die Gemeinsamen Vergütungsregeln zur Grundlage ihrer Geschäftsbeziehungen mit den Freien zu machen.

11. Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus

Die Otto-Brenner-Stiftung hat ihre Preisträgerinnen und Preisträger gefunden: Den mit 10.000 Euro dotierten 1. Preis des „Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus" erhält 2015 Ashwin Raman für „Das 13. Jahr – Der verlorene Krieg in Afghanistan" (Die Story im Ersten, SWR/ARD, 2. März 2015). Ashwin Raman gehe mit seiner Kamera an die Frontlinien der Krisen- und Kriegsgebiete in der Welt. Er schaue, so die Jury, genau und ausdauernd hin – auch beim Abzug der Deutschen aus Afghanistan. Die Jury ehrt ihn als mutigen Solisten und lobt mit ihm einen klaren Analysten: „Unter großer persönlicher Gefahr wagt er sich seit Jahrzehnten tief in Kriegs- und Krisengebiete, damit die Welt weiß, was wirklich passiert, wer Täter, wer Opfer ist". Seine jahrzehntelangen journalistischen Erfahrungen und sein Gespür für Menschen unterschiedlicher Ethnien machten ihn zu einem Ausnahmejournalisten in der internationalen Korrespondenten-Szene.

Weitere Infos:
www.otto-brenner-preis.

Der 2. Preis (5.000 Euro) geht an Silja Kummer für die Artikelserie „Für eine Handvoll Dollar", die zwischen dem 25. April und 15. Mai 2015 in der Heidenheimer Zeitung erschienen ist. Die Autorin beschreibt in ihrer Artikelserie, wie sich die Städte Heidenheim, Aalen und Schwäbisch Gmünd mit dem "Cross-

Border-Leasing" unkontrollierbaren finanziellen Risiken ausgesetzt haben. Nach Einschätzung der Jury ist dies eine Arbeit, die zeigt, was Lokaljournalismus zu leisten in der Lage ist. Ihr Fazit: „Das ist Lokaljournalismus, wie es ihn besser kaum geben kann!" Mit dem 3. Preis wird „Der verkaufte Fußball – Sepp Blatter und die Macht der FIFA" ausgezeichnet. Die WDR/SWR-Reportage, die am 4. Mai 2015 in der ARD lief, erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro. Wie der Fußball-Autokrat sepp Blatter die Organisation in den Abgrund führte, wer seine Komplizen waren und wie Europas Fußballfunktionäre von Franz Beckenbauer bis zu Michel Platini ihn gedeckt haben, das haben Jochen Leufgens und seine Kollegen Robert Kempe, Florian Bauer und Daniel Hechler nach Einschätzung der Jury „meisterlich recherchiert und überzeugend dargestellt".

Der „Spezial"-Preis, dotiert mit 10.000 Euro, geht 2015 an den griechischen Filmemacher Yorgos Avgeropoulos. Mit „Agorá – Von der Demokratie zum Markt" wird in dieser Kategorie eine Fernsehproduktion (5. Februar 2015, WDR) ausgezeichnet. Der Film über die Griechenlandkrise, über Armut und Staatsverschuldung ist eine subtile Anklage: Er füge die Facetten der Krise mit Akkuratesse, Präzision und penibler Leidenschaft zusammen. Der Film „bildet nicht nur ab, er regt an zu intensiver Diskussion." „Das ist das Beste, was ein Dokumentarfilm leisten kann", urteilt die Jury. Den Newcomer-Preis, dotiert mit 2.000 Euro, erhält die „Tagesspiegel"-Redakteurin Elisa Simantke für ihren Beitrag „Europoly – Privatisierung unter der Troika." Mit zahlreichen, öffentlich kaum beachteten Fallbeispielen dokumentiert die Autorin die Bilanz der verheerenden Troika-Politik in Griechenland und anderen EU-Krisenstaaten. Nach Einschätzung der Jury liefert die Nachwuchsjournalistin ein Dossier, „das sich fundamental und dicht belegt von der Troika-Berichterstattung anderer Medien unterscheidet". Elisa Simantke ist für die Jury Vertreterin einer Ausnahme-Disziplin: eines kritischen Wirtschaftsjournalismus. Der „Medienprojektpreis", dotiert mit 2.000 Euro, geht an das Online-Projekt Hochschulwatch. „Mit exakten Zahlen, ganz viel Nüchternheit in der Analyse und der Möglichkeit für Nutzer, sich durch eine Recherche auf der Website ihr eigenes Bild zu verschaffen", so die Jury.

Neben diesen Preisen werden von der Otto Brenner Stiftung auch Recherche-Stipendien vergeben, die mit jeweils 5.000 Euro dotiert sind. Die Stipendien ermöglichen es, frei von ökonomischen Zwängen und mit professioneller Begleitung von erfahrenen „Mentoren", innovative und vielversprechende Projektthemen vertieft zu recherchieren und zu realisieren. 2015 hat die Jury wieder drei Stipendien vergeben. Andreas Maisch geht in „Unsaubere Auftragsvergabe" der mangelhaften Selbstkontrolle der Behörden nach. Ein zweites Stipendium erhalten Katharina Zabrzynski und Maike Brzoska zum

Thema: „Wer profitiert von Polens Sonderwirtschaftszonen?" Der freie Wissenschaftsjournalist Hinnerk Feldwisch-Drentrup recherchiert über „Psychiatrie unter Ökonomisierungszwang".

Die Gewinner der Ausschreibung 2014 werden über die Ergebnisse und persönliche Erfahrungen ihrer Recherchen bei der diesjährigen Preisverleihung berichten. Die Preisverleihung findet am 17. November in Berlin statt. Aus 642 Bewerbungen wählte die Jury die Preisträger in fünf Kategorien. Das Preisgeld beträgt in diesem Jahr insgesamt 47.000 Euro. Mitglieder der Jury 2015 sind Sonia Seymour Mikich (Chefredakteurin Fernsehen, WDR), Prof. Dr. Thomas Leif (SWR-Chefreporter), Prof. Dr. Volker Lilienthal (Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Qualitätsjournalismus, Universität Hamburg), Prof. Dr. Heribert Prantl (Innenpolitik-Chef und Mitglied der Chefredaktion, Süddeutsche Zeitung) und Harald Schumann (Redakteur für besondere Aufgaben, Der Tagesspiegel) sowie Detlef Wetzel (OBS-Verwaltungsratsvorsitzender).

Medienlink

dekoder – Russlandinformationen aus Medien und Wissenschaft

http://www.dekoder.org/de/

Die neue Webseite „dekoder.org" will laut Aussage der Macher Medien und Kompetenz zum Thema Russland bieten: „Wir bringen russischen Journalismus und wissenschaftliche Kompetenz aus deutschen Universitäten auf eine gemeinsame Plattform." Die aktuellen Debatten zeigten, wie problematisch es sei, ein adäquates und ausreichend differenziertes Russlandbild zu zeichnen. „Die Kategorien, in denen wir Europäer die gesellschaftlichen Zustände eines Landes verstehen, greifen in Bezug auf Russland oft dramatisch ins Leere. Dementsprechend anfällig sind wir für Ideologien, Mythen und polemische Grabenkämpfe." Zum einen gelinge es dem in Europa zugänglichen Journalismus nicht immer, ein belastbares Modell des großen östlichen Nachbarn zu generieren. Zum anderen sei der enorme Schatz an Russlandkompetenz aus den wissenschaftlichen Forschungsinstituten nicht ohne weiteres zugänglich und spiele daher meist nur eine Nebenrolle. Damit fehlten zwei wichtige Faktoren: Der direkte Einblick in die russische Zivilgesellschaft und ein allgemeiner Zugriff auf kulturspezifisches Tiefenwissen. Hier will „dekoder.org" ansetzen: „Wir übersetzen unabhängige (nicht vomStaat gesteuerte) Medien und erschließen so einen neuen Informationskanal: den direkten Zugang auf den russischen zivilgesellschaftlichen Diskurs. Wir bieten aber auch einen Zugriff auf die Kompetenz der Forschungsinstitute: Jeder journalistische Artikel ist mit Sachmaterialien verlinkt, die unbekannte Begriffe erläutern und den kulturellen und historischen Zusammenhang herstellen."

DGB medien newsletter

Lesetipp

Report zu journalistischen Non-Profit-Organisationen

„The Lens" in New Orleans, „Newstapa" in Seoul, „Oxpeckers" in Johannesburg, „Correctiv" in Berlin – rund um die Welt gründen sich Nonprofit-Redaktionen. Was eint diese Projekte – und worin unterscheiden sie sich? Dieser Frage gehen netzwerk recherche und die GLS Treuhand e.V. in Bochum im Report „Gemeinnütziger Journalismus weltweit" nach. Die Autoren Thomas Schnedler und Marcus Schuster haben eine Typologie von Nonprofit-Journalisten skizziert mit Beispielen aus allen Teilen der Welt. In 20 Kurzporträts werden ausgewählte Institutionen, ihre Organisationsformen und ihre Arbeit präsentiert und charakterisiert. Dabei wird eine große Bandbreite erkennbar: Organisationen mit und ohne eigene Redaktion, lokale und regionale Projekte, Investigativredaktionen, Special-Intererest-Angebote und mehr. Die Mehrzahl der Projekte setzt auf Online-Angebote, viele verstehen sich als Watchdogs. Deutlich wird: Der gemeinnützige Journalismus ist innovationsfreudig. Große Unterschiede gibt es in der Art der Finanzierung.

http://tinyurl.com/ooedkgq

Veranstaltungen

Zukunft der Bürgermedien – Dritte Säule Bürgerrundfunk

Fachtagung
vom Bundesverband Bürger- und Ausbildungsmedien (BVBAN) und Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

11.11.2015 von 10:00 – 17:00 Uhr
FES Haus 2
Hiroshimastr.28
10785 Berlin

Die Tagung richtet sich an Praktiker und Praktikerinnen aus den Bürger- und Ausbildungssendern sowie Akteure aus Politik, Publizistik und Medienaufsicht.

Mehr Infos und Anmeldung:
indira.kroemer@fes.de

DGB medien newsletter

Digitaler Journalismus: Disruptive Praxis eines neuen Paradigmas

05./06.11. 2015
Universität Hamburg
Chinesisches Teehaus Yu Garden.

Die von Prof. Dr. Volker Lilienthal geleitete Tagung soll die Qualitäten des Digitalen Journalismus ausloten und fragt wo sich Funktionen und Normen im Zuge der Digitalisierung mit welchen Konsequenzen geändert haben.

Mehr Infos und Anmeldung:
http://tinyurl.com/q6wz8xf

Kriegsreporter, Krisenjournalismus und der deutsche Blick auf das Ausland – Wer verfolgt welche Agenda?

Mainzer Mediendisput in Berlin
16. November 2015
19.00 Uhr
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Es diskutieren u.a. ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke, WDR-Chefredakteurin Sonia Mikich, Christian Neef vom Spiegel, und der diesjährige Preisträger des Otto-Brenner-Preises Ashwin Raman.

Preisverleihung Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus

Otto-Brenner-Stiftung

17. November 2015
17.00 Uhr
Pullman Berlin Schweizerhof
Budapester Str. 25
10787 Berlin

Zum 11. Mal verleiht die Otto-Brenner-Stiftung (obs) ihre Preise für kritischen Journalismus.

www.otto-brenner-stiftung.de

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter